

## **SPD fordert Umstrukturierung kommunaler Entscheidungsprozesse**

### **„Zyklisches Nachhaltigkeits-Management“ als Standardprozess**

Nachhaltige Entwicklung sei kein Zustand, sondern vielmehr ein ständiger Prozess, basierend auf fortgeschriebenen Bestandsaufnahmen, Zielentwicklungen, Umsetzungen, Überprüfung der Ergebnisse und notfalls selbstverständlich auch Korrekturen, findet die SPD.

Die SPD will einen Beitrag dazu leisten, dass die Entscheidungsprozesse in Westerstede zunehmend auf genauer Kenntnis von äußeren Mega-Trends und örtlichen Gegebenheiten, Ursachen und Wirkungszusammenhängen beruhen.

Nur so, meint die SPD, sei es möglich, für die Stadt nachhaltige und zukunftsfähige Ziele zu erarbeiten und Handlungskonzepte zu erstellen.

So haben sich die Vorstände der SPD-Ortsvereine Westerstede und Ocholt und die Stadtratsfraktion kürzlich im Hotel Busch getroffen, um einen Samstag lang gemeinsam die Ergebnisse der internationalen Zukunftsforschungs- Institute zu sichten und auch die Rückschlüsse zu begutachten, die die Politikwissenschaft für eine Politikgestaltung im 21. Jahrhundert daraus prognostiziert.

„Die Entwicklung des politischen Handelns hin zu einem wissensbasierten und experimentell-pragmatischen Ansatz, der weitgehend entideologisiert ist, müsste in der Kommunalpolitik breite Akzeptanz finden.“ so schmunzelnd sowohl der Fraktions-Chef Kroon als auch die Ortsvorsitzenden. Schließlich sei die Kommunalpolitik traditionell sowieso selten Arena für ideologische Auseinandersetzungen gewesen.

Die Ergebnisse der Klausur hätten aber auch noch einmal verdeutlicht, dass viele Prozesse im Rat eben noch keinen zukunftsfähigen Standard hätten.

„Die Stadt ist z.B. Mitglied im „Gesunde-Städte-Netzwerk“ und hat auch als solches gewisse Standards einzuhalten.“ erläutert die SPD-Vorsitzende Steguweit-Behrenbeck.

Die entsprechenden Netzwerke seien nach ihrer Ausrichtung den Aalborger Commitments verpflichtet, die für die nachhaltigen Kommunen das zyklische Nachhaltigkeits-Management vorsehen.

Hierzu sei wiederum ein grundlegender Nachhaltigkeitsbericht erforderlich, der zunächst den Ist-Zustand der Kommune beschreibe, bevor Ziele und Handlungskonzepte entwickelt würden.

„Als Mindeststandard wird im Rahmen des „Gesunde-Städte-Netzwerkes“ insbesondere eine „Sozialberichterstattung“ angesehen, Westerstede hat aber keine. Wir haben wiederholt angemahnt, dieser Verpflichtung nachzukommen, aber es bewegt sich nichts“, beklagt die Vorsitzende der Westersteder SPD.

Auch der Fraktions-Chef Uwe Kroon will nicht länger akzeptieren, dass diese Einwände von der „komfortablen Ratsmehrheit“ überhaupt nicht mehr gehört würden.

„Die Stadt hat sich doch mit ihrem Beitritt zum „Gesunde-Städte-Netzwerk“ zur nachhaltigen Stadtentwicklung bekannt. Dann ist es doch nicht zu viel verlangt, dass sie auch ihre Hausaufgaben macht und wenigstens versucht, die verpflichtenden Mindeststandards zu erfüllen. Das ist sogar Chef-Sache!“ so Kroon.

Und auch der Ocholter Ortsvorsitzende Frank Oeltjen ist darüber unzufrieden, denn „es ist die Verpflichtung der Stadt, durch Erhebung dieser Daten in allen wesentlichen Kernbereichen den Ratsmitgliedern eine belastbare Entscheidungsgrundlage für die Stadtentwicklungspolitik zu liefern. Nur so kann man fundiert und zukunftsgerichtet arbeiten!“

Alle drei sind sich einig, dass hier auch der Schlüssel zu einer konsolidierenden Haushaltspolitik liegt. „Erst müssen wir anhand der Daten wissen, was für die Kommune in Zukunft wichtig ist, dann dafür das Budget festlegen und abgestuft notfalls auch bisher erbrachte Leistungen nicht mehr budgetieren, damit das Wichtige weiterentwickelt werden kann.“

Trotzdem hoffen die Sozialdemokraten, dass auch die Ratsmehrheit sich für 2010 vorgenommen hat, ihre Arbeitsweisen und auch den Umgang mit der „Opposition“ zu überdenken.

„ Wir können gemeinsam unsere Stadt auf die zukünftigen Herausforderungen einstellen und noch ein Menge Gutes bewirken, allerdings müssen wir zeitig auf den Zug aufspringen, der uns wettbewerbsfähig macht. Geordnetes und systematisches Arbeiten im Rahmen eines Nachhaltigkeits-Managements kann doch nun wirklich nicht schaden,“ meint Steguweit-Behrenbeck und findet dabei die Zustimmung ihrer Genossen.

12.01.2010

Martina Steguweit-Behrenbeck